

# Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Nr. 39.

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482. Geschäftsinserte pro Zeile 1 Pf. oder deren Raum 25, für Zahlt. 15 Pf. Off.-Annahme 10 Pf.

Hannover,  
Sonnabend, den 28. September 1907.

Verlag: A. Bohrer, Hannover, Mühlstr. 5.  
Verantwortlicher Redakteur:  
E. Schneider, Hannover, Mühlstraße 5, III.  
Fernsprech-Anschluß 3002.  
Druck von E. A. S. Meißner & Co., Hannover.

16. Jahrg.

## Zur Beachtung!

Seite ist der 39. Wochenbeitrag fällig.

## Der Jahresbericht der sächsischen Gewerbeinspektion.

„Die Berichte der sächsischen Gewerbeinspektoren sind regelmäßig die letzten und ebenso regelmäßig die schlechtesten.“ Diesen Satz schickten wir einleitend unserer vorjährigen Besprechung der Berichte voraus; wir müssen ihn auch für den nunmehr endlich erschienenen Bericht für das Jahr 1906 ausdrücklich aufrecht erhalten. Es ist eine bedauerliche Tatsache, daß das industriell so hoch entwickelte Sachsen eine durchaus ungenügende Gewerbeaufsicht besitzt. Würde bei Abfassung der Berichte so schnell gearbeitet wie bei der Revision der Betriebe, und so gründlich, wie bei dem Zusammenfassen aller sogenannten Wohlfahrts-Einrichtungen, Arbeiterdeformationen usw., dann wäre das Ergebnis zweifellos wesentlich besser. Womit wir aber nicht gesagt haben wollen, daß wir die Fügigkeit bei den Revisionen und die Sorgfalt bei der Registrierung der „Arbeiterwohlfahrt“ als Vorzüge ansehen.

Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter hat, nach dem Urteil der meisten Beamten, im Jahre 1906 eine Besserung nicht erfahren. So berichtet der Baugener Beamte: „Dem während des ganzen Jahres anhaltenden wirtschaftlichen Aufschwunge, der meisten im Aufsichtsbezirke vertretenen Industriezweige entsprechend haben die Löhne in einer großen Anzahl der Betriebe eine Erhöhung erfahren, die aber mit der Preissteigerung der wichtigsten Lebensmittel und insbesondere des Fleisches nicht Schritt gehalten hat, so daß die wirtschaftliche Lage der Arbeiter sich nicht verbessert haben dürfte.“ Der Annaberger Beamte schreibt: „Die Unterhaltungskosten des Haushaltes bewegten sich im Berichtsjahre in aufsteigender Linie. Die Löhne der Arbeiter sind dagegen, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nicht in dem Maße gestiegen.“ Aus Dresden, Meissen und Wurzen wird ähnlich berichtet. Die Beamten konstatieren also, daß die wirtschaftliche Hochkonjunktur des Jahres 1906, die den Unternehmern märchenhafte Gewinne in den Schoß warf, den Arbeitern im besten Falle nichts, sehr oft aber noch eine Verschlechterung seiner Lebensführung brachte.

Mit welcher „Gründlichkeit“ die Betriebe revidiert werden, zeigt folgende Stelle im Bericht: „In einer Arbeiterversammlung waren auch Mißstände eines größeren Betriebes in gesundheitlicher Beziehung zur Sprache gebracht worden. Die daraufhin in Gemeinschaft mit dem Bezirksarzte vorgenommene Revision der Anlage gab zu nachstehenden Anordnungen Veranlassung: Reinigung der Treppen, der Fußböden, der Arbeits-, Verkehrs-, Wasch- und dergleichen Räume von dem anhaftenden Schmutz; wiederkehrende Reinigung der Abtritt-Abfallrohre unmittelbar unter den Sitzbrettern; Vermehrung der Zahl der Abtritttische; Weissen der Wände und Decken aller Arbeitsräume; Beschaffung von Kleider-, Aufenthalts- und Waschräumen, Verabfolgung von Waschbeden an die Arbeiter anstatt der zum Teil im Gebrauch befindlichen Wäsche; gründliche Aufbesserung der Lüftungseinrichtungen in den Arbeitsräumen; Verbesserung der Staubabsaugvorrichtungen in der Schlosserei und Poliererei; mechanische Absaugvorrichtungen oberhalb der Lötlampe; Herbeiführung einer möglichst allgemeinen Trennung der weiblichen Arbeiter von den männlichen.“ So der Bericht. — Wie muß es in dem Betriebe bis dahin ausgesehen haben! Und alle diese Mißstände haben die Gewerbeaufsichtsbeamten nicht entdeckt! Weshalb nicht? Ist der Betrieb seit längerer Zeit nicht besichtigt worden? Oder haben die Beamten bei ihren Revisionen die Mißstände übersehen? Darauf geht der Berichterstatter, Herr Regierungsrat Häbener in Dresden, mit keinem einzigen Worte ein. Er begnügt sich damit, uns zu erzählen, daß auf diese Mißstände die Gewerbeaufsicht erst durch eine Arbeiterversammlung aufmerksam gemacht werden mußte. Der Herr Regierungsrat nimmt an dieser Tatsache offenbar gar keinen Anstoß. Eine so ungenügende Gewerbeaufsicht ist in Sachsen etwas ganz selbstverständliches.

Ueber die segensreiche Tätigkeit der Gewerkschaften sind in den Berichten der sächsischen Gewerbeaufsichtsbeamten nur sehr wenig Mitteilungen zu finden. Bezeichnend ist aber ganz besonders die folgende Stelle aus dem Bericht über den Aufsichtsbezirk Zittau: Die Bildung von Arbeiterausschüssen sei weiter gefördert worden. „Es wurde jedoch die Beobachtung gemacht, daß die Arbeiter sich nicht immer gern in solche Ausschüsse wählen lassen, da sie hier häufig den Angriffen ihrer Mitarbeiter ausgesetzt sind.“ Wenn der Beamte die Vorgänge weniger vorurteilsvoll beobachtet hätte, wäre auch er wohl dahinter gekommen, daß die Furcht vor den Angriffen der Unternehmer hier eine weit größere Rolle

spielt. Die Gewerbeaufsichtsbeamten für die Kreishauptmannschaft Zwickau berichtet, daß auf ihre Anregung in Zwickau eine Vereinigung von Frauen und Mädchen gegründet und dem nationalen Arbeiter-Unterstützungsverein angeschlossen wurde. Wir erfahren auch, daß der Vorstand aus 8 „Damen“ besteht, daß sie alle 14 Tage zusammenkommen usw. Ueber die Tausende von Arbeiterinnen in den gewerkschaftlichen Organisationen wird selbstverständlich nichts berichtet.

Die lächerlich niedrigen Strafen, zu welchen die Arbeitgeber bei Uebertretung der Arbeiterschutzgesetze verurteilt wurden, wollen wir an nachstehenden zwei Beispielen zeigen: Infolge einer Anzeige aus Arbeiterkreisen wurde in einer größeren Schiffenstückerie festgestellt, daß die Arbeitsdauer der Arbeiterinnen die gesetzlich zulässige weit überschritt. Die der Polizeibehörde erstattete Anzeige führte zur gerichtlichen Verurteilung des Unternehmers zu 10 Mk. Geldstrafe. Im Hinblick auf das niedrige Strafmaß wurde die betreffende Polizeibehörde ersucht, Berufung gegen das Urteil einzulegen, welchem Ersuchen jedoch keine Folge gegeben wurde.

In einem anderen Falle waren 10 Arbeiterinnen fünf Wochen lang täglich 12 Stunden beschäftigt worden. Die von der Beamtin erstattete Anzeige führte zur Verurteilung des Fabrikbesizers. Die ausgeworfene Strafe aber betrug — 5 deutsche Reichsmark. Daß durch solche Bestrafungen kein Unternehmer von der Uebertretung der Schutzbestimmungen abgehalten wird, versteht sich am Rande. Gegen Arbeiter ist die sächsische Polizei weit schneidiger, namentlich wenn es sich um organisierte handelt.

Eigentümlich berührt es, daß die sächsischen Beamten allerhand leere Ausreden der Unternehmer kritisch in ihren Berichten verewigen. Aus dem Aufsichtsbezirk Freiberg wird z. B. berichtet: Der Besitzer einer Motorenwerkstätte hatte bei einer früheren Revision seinen etwa 12 Jahre alten Sohn vorchriftswidrig mit leichten Handarbeiten beschäftigt. Bei einer späteren Revision teilte er dem Beamten auf dessen Frage nach dem Knaben mit, daß dieser beim Eislaufen durch einen Beinbruch verunglückt sei und vor dem Unfall behütet worden wäre, wenn er unter Aufsicht hätte arbeiten dürfen. Bei den starken Einschränkungen und dem Verbote der Kinderarbeit wären die größeren Kinder, denen die Eltern nicht immer die nötige Aufsicht zuteil werden lassen könnten, der Verwilderung und Verwöhnung ausgesetzt. Er werde seinen Sohn, sobald dieser völlig genesen sei, doch wieder mit leichten gewerblichen Arbeiten beschäftigen, um ihn von Torheiten abzuhalten. — Ob und was der Beamte dem trüchtigen Vater geantwortet hat, wird in dem Bericht nicht mitgeteilt. Pflicht der Gewerbeaufsichtsbeamten ist es aber stets, wenn ihnen solche „Gründe“ entgegengehalten werden oder wenn sie dieselben in ihren Berichten wiedergeben müssen, darauf hinzuweisen, daß die zu frühe Heranziehung der Kinder zu gewerblichen Arbeiten sehr schädliche Folgen für die körperliche und geistige Entwicklung der Kinder hat, und daß die Kinder deshalb ihre Jugend neben dem planmäßigen Unterricht in der Schule bei Spiel und reichlicher Ruhe genießen müssen.

Fast noch unverständlicher ist folgende Auslassung des Baugener Beamten: Von mehreren Unternehmern, die fremde und insbesondere polnische Saisonarbeiter in ihren Anlagen beschäftigen, ist wiederholt begründete Klage über die Unzuverlässigkeit dieser Arbeiter geführt worden, die, unbekümmert um den mit ihrem Arbeitgeber oder Stellenvermittler vereinbarten Kontrakt, oft wegen der wichtigsten Ursachen, meist aber ohne Grund, ihre Arbeitsstelle verlassen und an anderen Orten Beschäftigung suchen. — Daß die fremdsprachigen Lohnsklaven, die mit Vorliebe von den sächsischen Ziegeleibesitzern oder deren Menschenhändlern als Lohnbrüder ins Land gelockt werden und denen man in bezug auf Bezahlung, Behandlung, Beschäftigung und Behausung alles, aber auch alles zu bieten mag, „grundlos“ diese modernen Hölle verlassen, ist eine Entdeckung, die einem sächsischen Gewerbeinspektor durchaus ansteht.

In nachstehender Tabelle bringen wir eine Uebersicht über Zahl und Gliederung der in den wichtigsten für unsere Organisation in Betracht kommenden Industrieen beschäftigten Arbeitskräfte:

Industriezweig	Zahl der Betriebe a. 1. 1. 06	Beschäftigte Personen insgesamt	Davon waren Er-		Jugendliche zwischen 14-16 Jahr.		Kinder unter 14 Jahren
			männl.	weibl.	männl.	weibl.	
Ziegeleien	664	13 605	11 285	2 103	232	34	11
Chemische Industrie	249	6 316	4 153	1 905	104	138	16
Ferrowirtschaft, Nebenprodukte (Eis, Zinn, Seifen usw.)	363	4 956	4 411	485	37	20	3
Papierindustrie *)	853	35 905	21 518	11 609	1350	1330	98
Zusammen:	2134	60 842	41 867	16 102	1723	1522	128

Neben den oben angeführten kommen aber noch eine Reihe anderer Betriebe für unsere Organisation in Betracht, so daß das Heer der Industriearbeiter, die in Sachsen für uns zu gewinnen sind, selbst nach Abzug der in der Papierverarbeitung beschäftigten, mit 60 000 Personen veranschlagt werden muß; davon gehören kaum 20 000 der Organisation an. Es muß also noch sehr viel Aufklärungsarbeit geleistet werden, bevor von einer guten Organisation die Rede sein kann.

Die trotz ihrer Kürze und dem offensichtlichen Bestreben, den Unternehmern nichts Unangenehmes zu sagen, nach mancher Richtung interessanten und bezeichnenden Feststellungen aus einzelnen Industriezweigen, besonders der Ziegelei- und Papierindustrie, werden wir in gesonderter Artikeln behandeln.

## Der Parteitag zu Essen.

Die Gegner der Sozialdemokratie setzten auf den Parteitag zu Essen große Hoffnungen. Sie glaubten, es würde ein zweites Dresden werden, trauernd und schimpfend gestehen sie heute, daß sie um eine Hoffnung ärmer sind. Selten sind so wichtige Fragen sachlicher diskutiert worden, wie auf dem Essener Parteitag. Eingehende Würdigung der Tagung finden unsere Mitglieder in den politischen Tageszeitungen, hier können wir nur kurz einige für uns als Gewerkschaftler besonders wichtige Beschlüsse registrieren.

Die Debatte über die Lokalkisten ergab nahezu Einstimmigkeit der Auffassung, daß ein Ausschluß aus der Partei zurzeit nicht angebracht sei, da noch Einigungsverhandlungen im Gange seien, daß aber andererseits mit dem nötigen Nachdruck den Zersplitterungsbestrebungen entgegengetreten werden müsse. Folgende Resolution fand gegen 4 bis 6 Stimmen Annahme:

Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, die mit den Lokalkistlichen Gewerkschaften auf Grund des Beschlusses des Mannheimer Parteitages eingeleiteten Verhandlungen fortzuführen und dem nächsten Parteitag über deren Verlauf zu berichten.

Der Parteitag beurteilt die von vielen Mitgliedern der Lokalkistlichen Gewerkschaften im Gegensatz zum Parteiprogramm betriebene Agitationsweise. In Uebereinstimmung mit den Beschlüssen früherer Parteitage und des Beschlusses des Internationalen Kongresses in Stuttgart, das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften betreffend, hält der Parteitag für den gewerkschaftlichen Kampf eine einheitliche Organisation für notwendig und erklart in den Zentralverbänden die gegebene Form der gewerkschaftlichen Organisation.

Der Parteitag fordert daher die den Lokalkistlichen Gewerkschaften angehörenden Parteigenossen auf, sich den der Generalkommission angegliederten Zentralverbänden anzuschließen.

Parteivorstand und Kontrollkommission.

Die Maifeierdebatte förderte Neues nicht zutage. Einzelne Redner wandten sich gegen den „Bremserlaß“ des Parteivorstandes und wärmten die alte Behauptung wieder auf, daß die Flauheit der Gewerkschaftsführer die Ausbreitung der Maifeier hindere. Auch der Beschluß der deutschen Delegation in Stuttgart, daß in Zukunft die Partei zu den Kosten event. Ausperrungen anlässlich der Maifeier beitragen solle, wurde bemängelt. Angenommen wurde schließlich auf Vorschlag des Berichterstatters bzw. des Parteivorstandes folgende Resolution:

„Unter Aufrechterhaltung des Mannheimer Beschlusses zur Maifeier beschließt der Parteitag, dem Parteivorstand die Ermächtigung zu erteilen, die Verhandlungen mit der Generalkommission auf den Vorschlägen der Stuttgarter Delegation weiterzuführen.“

Die Alkoholfrage hat zum ersten Male einen Parteitag beschäftigt. Die Uebertragung des Referats an den Genossen Wurm, einen Nichtabstinenten, erfüllte die Anhänger der vollständigen Abstinenz mit Mißtrauen; sie wurden angenehm enttäuscht. Das Referat Wurms war, obwohl frei von allem Fanatismus, doch eine wichtige Verbammung des Alkohols. Er zerstörte das Märchen von der stärkenden, anregenden, erwärmenden Wirkung des Alkohols und forderte die Abstinenz nicht nur für Kinder, sondern auch für alle nicht völlig gesunde Personen. Er wandte sich aber auch scharf gegen jene Fanatiker im bürgerlichen Lager, die den Alkoholgenuß als Ursache allen Übels betrachteten und durch Enthaltensamkeit die soziale Frage lösen wollen. Angenommen wurde folgende vom Referenten vorgelegte Resolution gegen eine Stimme:

„Die Gefahren des Alkoholgenußes sind mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise für die arbeitende Bevölkerung gewachsen.“

Dieselben Bedingungen, die auf deren allgemeine Verelendung hinwirken, haben auch den Anreiz zum übermäßigen Alkoholgenuß und damit dessen Schädlichkeit gesteigert: die Ueberanstrengung, die ungenügenden Löhne und die ungesunden Wohnungen und Arbeitsstätten.“

„Durch wirtschaftliche und soziale Mißstände und die aus ihnen hervorgegangenen Trinklitten wird den Arbeitern ein zu häufiger Genuß von Alkohol aufgezwungen und angewöhnt.“

\*) Unter dieser Rubrik ist nicht nur die Papier erzeugende, sondern auch die Papier verarbeitende Industrie aufgeführt, für unseren Verband kommt aber vornehmlich die erstere in Betracht. (617 Betriebe mit 18 781 Beschäftigten.)

Diese Gewöhnung hat aber zur Folge, daß auch, wenn diese primäre, wirtschaftliche Verantwortung zum übermäßigen Alkoholgenuß geschwunden ist, ihm oft nicht mehr entsagt werden kann.

Die bürgerlichen Alkoholgegner stellen in der Regel den Alkoholismus als die vom Volke selbst verschuldete Ursache seiner Not hin und lenken damit — zum Teil nicht ohne Absicht — die Aufmerksamkeit von dessen ursprünglichen wirtschaftlichen und sozialen Ursachen ab, während sie andererseits durch Zwangs- und Strafgesetze den angeblich bösen Willen des Trinkers brechen wollen, so daß er doppelt büßen muß, was die herrschenden Zustände verschulden.

Der Kapitalismus und der Staat als sein Interessenvertreter haben an der Beseitigung des Alkoholismus nur insoweit Interesse, als sie durch die Laster für seine Opfer und deren vernünftige Arbeitsfähigkeit Nachteil erleiden.

Der Parteitag erklärt: Die Schäden des Alkoholismus können weder durch Zwangs- noch Strafgesetze noch durch Steuererlasse eingedämmt oder gar beseitigt werden. Trunksüchtiges Verhalten der Trunkenen sind nichts als Ausnahmeerscheinungen gegen die ärmere Bevölkerung, da sich die reichere ihnen leicht entziehen kann. Der Trunksüchtige ist nicht dem Strafrichter zu überantworten, sondern wie jeder andere Kranke in ärztliche Behandlung zu nehmen. Aus öffentlichen Mitteln sind Heilstätten für Trunksüchtige unter ärztlicher Leitung zu errichten und zu erhalten.

Die Beschränkung der Gastwirtschaften wie des Spirituosenverkaufs würde den Alkoholmißbrauch nur aus der Offenheit des Wirtschaftens in die Heimlichkeit der Wohnung treiben.

Die Besteuerung der leichten alkoholischen Getränke steigert infolge deren Verteuerung nur den Verbrauch von Branntwein. Je höher aber die Steuer auf Branntwein ist, um so mehr plündert sie gerade die ärmsten Schichten aus, da sie seinen Verbrauch nur ganz unmerklich beschränkt.

Zur Bekämpfung der Alkoholfrage fordert der Parteitag: Herabsetzung der Arbeitszeit auf 8 Stunden, Verbot der Nachtarbeit oder bei ununterbrochenem Betrieb ausreichender Schichtwechsel, genügende Ruhepausen während der Arbeit, Verbot des Kreditierens und Verkaufens oder Verleihs von Barlohn aller alkoholischen Getränke durch Arbeitgeber oder deren Angestellte an die von ihnen beschäftigten Arbeiter, ausnahmsloses Verbot der Stellenvermittlung in Verbindung mit Schankbetrieb, Kleinhandel mit alkoholischen Getränken und Beherbergung, durchgreifende gewerbliche Hygiene der Werkstätten und Arbeitsmethoden, Schutz der Kinder, Jugendlichen und Frauen, ausreichende Löhne, Versteigerung aller die Lebenshaltung verleitenden indirekten Steuern, sowie des Wagens und Wohnungszwangs.

Gebung der öffentlichen Erziehung durch Umgestaltung und Erweiterung des Schulwesens, entsprechende den Leistungen des Rammheimer Parteitag über Volkserziehung. Eine durchgreifende Wohnungsreform, Erholungsstätten, Volkshäuser und Spielhallen.

Die Arbeiterorganisationen werden aufgefordert, jeden Zwang zum Genuß alkoholischer Getränke bei ihren Zusammenkünften zu vermeiden, bei Bildungsveranstaltungen, Arbeitsnachweisen und Auszahlung von Streitunterstützung jeden Trinkzwang zu vermeiden, für Aufsicht durch Wort und Schrift über die Alkoholgenuß, insbesondere für Kinder, und über die zum Alkoholmißbrauch verleitenden Erbschriften zu sorgen. Kinder müssen vom Alkoholgenuß unbedingt ferngehalten werden.

Dieser allein wirksamen Kampf gegen die Alkoholgenuß führen die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Klassenbewußten Arbeitererschaft, indem sie deren wirtschaftliche Lage verbessern und sie lehren, statt im Alkoholgenuß Mißbrauch Genuß und Vergessenheit zu suchen, im Kampf gegen den Kapitalismus um Befreiung von Verleumdung und Unterdrückung Gemüts, Erholung und Freude zu finden.

Wird den in der Resolution niedergelegten Grundfätzen allseitig nachgegeben, so wird speziell dieser Punkt eine wesentliche Stärkung der kämpfenden Arbeitererschaft zur Folge haben.

Folgender Antrag Kassenstein wurde dem Parteivorstand als Material überwiesen:

Auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen: Die Landarbeitersfrage.

Zur Parteivorstand zu beauftragen: 1. Vor dem nächsten Parteitags eine Darstellung der landwirtschaftlichen Arbeiterverhältnisse in den verschiedenen Teilen des Reiches, sowie eine Zusammenfassung des auf dem Gebiete des Landarbeiterschafts und der Landarbeitersorganisation bisher von der deutschen Partei wie von den ausländischen Arbeiterpartei geleisteten zu veröffentlichen. 2. Unter Zugziehung von Fachleuten den Entwurf eines umfassenden Landarbeiterschaftsprogramms auszuarbeiten.

Zu „Vorwärts“ gibt Kassenstein eine Begründung dieses Antrages. Er fordert neben Anstellung von Landarbeiterssekretären Gründung eines Bundes der Landarbeiter. Er schreibt dazu: „Das dürfte kein Anfang einer bestimmten Gewerkschaft sein, sondern ein gewichtiges Unternehmen, das zu schaffen und zu führen gemeinsame Sache des Parteivorstandes und der Generalkommission wäre. Für die ersten Jahre wären hier wie für die Landarbeiterssekretariate sehr erhebliche Zuschüsse erforderlich, die aber politisch und gewerkschaftlich sich reichlich lohnen würden. Ein solcher Bund hätte etwa für einen Großteil der Wochenbezahlung eine Zeitung (eventuell nach Gebieten verlegt), energigen Nachschuß und vielleicht auch noch eine kleine Krankenunterstützung oder dergleichen zu gewähren. Es liegt auf der Hand, daß damit die nächsten und praktischsten Interessen der Landarbeiter erfüllt und sie mit den industriellen Gewerkschaften eng verbunden würden. Was das für die Untergründung der Partei, für die Sicherung vor Streikrisiken bedeuten würde, bedarf keiner Erläuterung. Wenn jett in Deutschland unmöglich ist, was in Italien und Ungarn, in Belgien und Skandinavien schon Wirklichkeit geworden ist?“

Wir verstehen nicht, daß die Gründung einer Landarbeitersorganisation notwendig ist. Der Anstoß an unseren Verband hat wesentliche Erfolge hinsichtlich des Zusammenschlusses der Landarbeiter nicht gezeigt und der Beschluß des letzten Verbandstages bedeutet nichts weniger denn eine unüberwindliche Lösung der zweifellos wichtigen Frage. Die Landarbeitersorganisation wird jedenfalls auf dem Verbandstage in München eine eingehende Erwähnung erfahren müssen und hoffentlich auch eine endgültige Entscheidung finden.

## Von der Berufsgenossenschaft der Molkerei-, Brennerei- und Stärke-Industrie.

Als dem Reich dieser Berufs-Vereinigung im Jahre 1906 die Zahl der verschiedenen Betriebe von 7325 auf 7825, die der verschiedenen Arbeiter von 41 232 auf 48 882. Im Jahre 1907 waren vorhanden: 5 270 Molkereien und Käsereien, 1270 Brennereien und Stärkefabriken, 10 340 Bäckereien und Konditoreien, 109 Gerbereien, 109 Schlachthöfe und Fleischwägen, 240 Metzgereien, 20 Fleischerhandlungen.

Der Reichstag beschloß: „Der Zuwachs im Jahre 1906 hat sich ganz auf die Molkereien. Diese haben sich um mehr als

zehn Prozent vermehrt. Bei Neuaufnahmen handelte es sich indes vielfach nicht um neu eröffnete Betriebe, sondern um schon lange bestehende kleinere Anlagen, die erst jetzt den Organen der Berufsgenossenschaft bekannt geworden sind.“ Dr. Brüderger: „Selbst in Süddeutschland konnte mit Hilfe der Verwaltungsbehörden eine große Anzahl von Molkereien und Käsereien nachträglich herangezogen werden.“

Gemeinbet wurden im Berichtsjahre insgesamt 1844 Unfälle, wovon 381 entschädigt wurden. Seit dem Jahre 1902 ist die Unfallziffer etwas gefallen. Der Bericht erklärt dies wie folgt: „In der plötzlichen Abnahme der Zahl der Unfälle und der Entschädigungssumme im Jahre 1902 zeigt sich deutlich die Wirkung des Anstehens der landwirtschaftlichen Nebenbetriebe aus der Berufsgenossenschaft.“ Wenig Verständnis zeigt die Berufsgenossenschaft für die Fürsorge für Betriebe innerhalb der Wartezeit. Im Berichtsjahre wurde die Mietschulden von — 280 M. dafür ausbezahlt. Der Bericht bemerkt hierzu: „Die Sektionsverbände sind also nach wie vor sehr zurückhaltend mit Eingriffen in das Heilverfahren vor Ablauf der Wartezeit gewesen. Nur in besonderen Ausnahmefällen ist dazu geschritten worden. In der Regel konnte den Krankentagen das Heilverfahren ohne Bedenken überlassen werden.“ Für was sind auch die Krankentage da! Sogar die jüdischen „leistungsfähigen“ Gemeindefrankenkassen genügen einer Berufsgenossenschaft. Und die Werktagen — haben nichts zu sagen!

Und für die Unfallversicherung hat diese Berufsgenossenschaft nicht viel übrig: „Die Unfallverhütungsvorschriften sind zwar ohne Zweifel von gegenseitigem Einfluß auf die Verminderung der Betriebsgefahren gewesen; indessen läßt ihre Befolgung vielfach — nicht nur in kleineren, sondern auch in recht großen Betrieben — noch manches zu wünschen übrig. Von einer systematischen Revision der Betriebe durch technische Aufsichtsbereame ist auch im Berichtsjahre Absicht genommen worden!“ — Die Genossenschaftsversicherung will diese Befolgung ihrer Freunde einfach nicht haben!

Aber die Revision der Lohnnachweisungen zeigt uns das Gebahren der Herren recht deutlich. Es wurden die Lohnbücher von 756 Betrieben gleich 10 Prozent der verschiedenen Betriebe nachgesehen. „Unregelmäßigkeiten wurden in 197 B. ieden, das sind 26 Prozent der revidierten Betriebe, gefunden, und zwar wurde festgestellt, daß aus diesen 197 Betrieben 311 971 M. an Löhnen zu wenig nachgewiesen worden waren.“ (!) Natürlich waren es „lediglich“ Irrtümer und Mißverständnisse der Betriebsunternehmer“ — also entschuldigbar! Wer wird auch daran zweifeln! Der Durchschnittslohn eines Molkereiarbeiters betrug 909,70 M. im Jahre 1906, gegen 891,23 M. im Vorjahre. Das ist eine Steigerung um rund 2 — sage und schreibe zwei — Prozent. Daß durch diese winzige Steigerung des Einkommens die Mehrerausgabe infolge Preissteigerung der Lebensmittel absolut nicht ausgeglichen wird, bedarf wohl keiner Beweisführung. Hier ist für die gewerkschaftliche Organisation also noch sehr viel zu tun. Leider stehen die Arbeiter dieser Industrieszweige der Organisation noch recht gleichgültig gegenüber.

## Aus der chemischen Industrie.

### Die chemischen Dividendenwerte im August.

Am Bilanzstichtag mehren sich die Dollen, die auf Sturm, oder doch wenigstens auf schlecht Wetter deuten. Die Börse, das Barometer des Wirtschaftens, wird eifriger denn je betrachtet. So brachte der Monat August einen ungewöhnlich starken Kursrückgang am Markt der Dividendenwerte; im Vormonat war der Rückgang viel geringer und im Vorjahr erfuhr der Kurs in der Vergleichszeit eine bemerkenswerte Erholung. Der Kurs ging im August um 2,65, im Juli nur um 0,26 Prozent des Nominalkapitals herab; im August 1906 war er um 5,27 Prozent gestiegen. Für sämtliche Gruppen der Dividendenwerte stellte sich der Durchschnittskurs auf 145,21 Prozent gegen 147,86 Ende Juli und 165,57 Ende August 1906. Obwohl vier Gruppen eine Zunahme aufwiesen, und zwar die chemische Industrie eine sehr erhebliche (6,49), waren doch die Einbußen in den übrigen Gruppen so stark, daß das Gesamtniveau herabgedrückt wurde. Auffallend war die Abnahme des Kurses im Berggewerbe, wo von ultimo Juli auf ultimo August ein Rückgang von 14,50 Prozent des Nominalkapitals eintrat. Eine starke Einbuße erlitt noch der Kurs in Verkehrswesen (4,90), sowie im Baugewerbe (2,91). Um mehr als 2 Prozent ist der Kurs noch in den Gruppen Metall- und Maschinen (2,28) sowie Holz- und Schnitzstoffe (2,03) zurückgegangen. Die Veränderungen der Durchschnittskurse für die verschiedenen Gruppen der Dividendenwerte zeigt die nachstehende Tabelle:

Dividendenwerte	Kurswert der Hälfte der gehandelten Werte in 1000 Mark	Kursstand	Kursstand	
			31. August 1907	Vorjahr
Bergbau, Hütten und Salinen	1 319 696	195,14	196,42	226,58
Steine und Erden	167 553	185,76	186,17	225,93
Metalle und Maschinen	943 374	162,00	164,28	194,58
<b>Chemische Industrie</b>	<b>361 230</b>	<b>302,79</b>	<b>296,30</b>	<b>300,27</b>
Chemische Industrie	86 986	143,78	143,47	150,03
Papier	28 516	146,39	147,85	154,99
Leber	23 651	131,39	145,89	168,14
Holz- und Schnitzstoffe	76 099	224,19	226,22	269,24
Kleingewerbe	336 989	186,89	188,49	198,31
Baugewerbe	144 749	112,67	115,58	138,52
Bankaktien, sonstige	2 256 789	150,67	151,25	164,74
Bankaktien, ausländische	637 089	174,35	176,31	179,72
Verkehrswesen	146 620	43,88	44,35	47,75
Verkehrswesen	2 893 654	107,70	112,60	129,67
Sonstige Gewerbe	44 001	165,00	164,76	175,30
	<b>9 467 045</b>	<b>145,21</b>	<b>147,86</b>	<b>165,30</b>

Das bemerkenswerte Kursrückgang erfahren also nur die Werte der chemischen Industrie, sie stehen aber trotzdem noch um 2,97 hinter dem Stand im gleichen Monat des Vorjahres zurück. Das heißt die chemische die rentabelste aller Industrien ist, zeigt die Zusammenfassung deutlich, stehen doch ihre Aktien ganz bedeutend über dem Durchschnitt aller Industriesektoren. Da die Kurssteigerung bei den chemischen Betrieben im wesentlichen auf die Kunstsäureindustrie zurückzuführen ist, dürfte der September auch hier eine Abmilderung bringen.

### Der verschmähte Achtstundentag.

Zwischen Arbeitern der deutschen chemischen Industrie war es bisher, eine Tat proletarischer Unzufriedenheit zu begehen, die wohl so ziemlich einzig darsieht, wenn auch kleinere Fehler auf dem Gebiet der Arbeiter schon mehrfach von anderen Arbeitern gemacht worden sind. Wir meinen die Vernichtung des Viertels der abgekürzten Arbeitszeit durch Nebenbeschäftigung. Unzufriedene Arbeiter leisteten darin seit jeher manches. Aber daß sich Arbeiter förmlich organisieren, um den ihnen zuteil gewordenen Achtstundentag wieder aufzugeben, das sieht doch wohl so ziemlich einzig da.

Die deutschen Solvaywerke, jener Hüttenbetrieb für Sodafabrikation, der im Sodabereich die führende Rolle spielt und neun Zehntel des deutschen Sodabedarfs deckt, führten im Frühjahr 1907 für ihre Bernburger Abteilungen mit ca. 2000 Mann die Achtstundentag ein. Das war ein ganz beträchtlicher Fortschritt. Bis dahin schickten die Sodawerke auch dort 12 Stunden täglich (Zweischichtsystem), wie auch so vielfach in der chemischen Industrie von Sachsen-Anhalt, die noch ganz ererbte Arbeitszeiten kennt. Das machte die Solvaywerke doch einsehen haben,

daß bei dieser angesehensten Ausnutzung der menschlichen Arbeitskräfte dasjenige nicht herauskomme, was die kapitalistische Berechnung erwartet hatte. Da kein Mensch mit kurzen Pausen zwölf Stunden am Tage intensiv schaffen kann, praktizierten die Solvayarbeiter ohne Verabredung und unbekannt eine Art passiver Resistenz. Das heißt: sie behielten die Arbeitspausen der Zwölfschicht nach Möglichkeit so aus, daß sie 2½ — 3 Stunden betragen, trotzdem die Solvaywerke, um die Leute vor dem „Bummeln“ zu bewahren, durch einen eigenen Wagen das Mittagessen bei den Frauen in der Stadt abholen und in den Betrieb fahren ließ. Die Erkenntnis von der Unrentabilität so langer Arbeitszeiten, sowie die steigende Mitgliederzahl unseres Verbandes in Bernburg mag also die Leitung der Solvaywerke, vielleich auch zusammen mit ein wenig sozialpolitischer Einsicht, bestimmt haben, den radikalen Schritt von der Zwölf- zur Achtstundenschicht zu tun und so den Arbeitern in drei Schichten zu teilen, wobei die eine der beiden Tageschichten fast den ganzen Vormittag, die andere fast den ganzen Nachmittag arbeitsfrei bekam. Ein Schritt von der höchsten Bedeutung für den gewerkschaftlichen Kampf in der deutschen chemischen Industrie! Einerseits konnten wir uns von nun ab überall auf das Bernburger Beispiel berufen. Andererseits mußte es möglich werden, die gewonnenen Freizeit für die Arbeiter in höchsten Grade nutzbringend für die Organisation und Bildung zu verwenden. Es war zu erhoffen, daß nun unsere Verbandsarbeit nicht bloß, sondern überhaupt die Wirkungstätigkeit an den freien Nachmittagen und Vormittagen viel besser und gründlicher erledigt werden könnten. Das Familienleben der Solvayarbeiter mußte außerordentlich gewinnen, weil sie jetzt endlich mit Frau und Kindern wirkliche Freizeiten genießen konnten. Ihre körperliche Kräftigung war eher möglich. Denn die Arbeiter waren nicht verkrüppelt worden, und wenn sie auch noch recht lüchlig genannt werden müssen (30—32 Pf. die Stunde für den Durchschnitt und die Masse), so konnten doch jetzt der Luftzutritt in frischer Luft und Gartenarbeit für den eigenen Bedarf, gegen die niemand etwas gerade bei chemischen Arbeitern einzuwenden haben wird, die bessere Verarbeitung der einfachen und groben Kost durch den Körper bewirken. Die Leute konnten kräftiger, widerstandsfähiger, aufgestärkter und infolgege auch entschlossener werden, sich immer neue Fortschritte zu erlangen.

Da trat nun ein, was das Betreffende an dem Vorkommnis ist: die Solvayarbeiter verschmähten zu einem guten Teil die Segnungen der Achtstundenschicht und organisierten zu einem Teil förmlich den Berrat an dem Kulturgedanken, den wir am 1. Mai so fehrnützlich feiern. Sie taten sich, wenn auch nicht sämtlich, so doch zu einem Teil, der die ganze Arbeitererschaft bloßstellen groß genug war, zu einer Maler- und Anstreichergewerkschaft zusammen und bewarben sich förmlich um gewerbliche Weiterbildung in einer andern Branche nach Absolvierung der täglichen Achtstundenschicht in der chemischen Fabrikation. Sie verjeten damit dem Gedanken der Arbeitsteilung in der chemischen Industrie, dem wichtigsten, den die chemischen Arbeiter in den nächsten Jahren zu verbreiten und zu vertreten haben, einen heimtückischen Stoß von rückwärts und von einer Seite, von der man ihn sicher am allerwenigsten erwartet hatte. Der Kapitalismus mit seinem Mißbrauch in der chemischen Industrie hatte nun Ursache, hochlachend auf den Vorgang hinzuweisen und zu fragen, ob denn chemische Arbeiter überhaupt einer Arbeitsteilungsverklärung bedürften, wenn sie nichts eiligeres zu tun hätten, als nach gewählter Achtstundenschicht sich nach anderer, kräftigerer Arbeit an demselben Tage anzusetzen. Es nützt auch nichts, den Solvaywerken zu antworten, daß die Niedrigkeit des Lohnes die Hauptursache an dem verräterischen Verhalten der Sodawerker trägt. Denn durch das Vorgehen derselben wird ja jede Lohnsteigerung, die mit der Zeit sicher zu erreichen gewesen wäre, geradezu unmöglich gemacht. Die organisierte gewerbliche Nebenbeschäftigung der Leute schafft vielmehr neue Beschäftigungsstellen in der Branche, die sich diese Achtstundenschicht zu ihrer Betätigung ausgedient haben. Diese neuen Beschäftigungsstellen müssen sich zu ungünstigen Lohnbedingungen anderwärts anbieten. Sie gehen vielleich direkt auf die Solvaywerke und suchen dort ihrerseits Arbeit. Wenn aber diese Fabrik so reiche Auswahl hat, wird sie nicht im Traume an Lohnrückbildungen denken. Sie wird vielleich sogar glauben, daß sie ihre Leute mit 30 Pf. noch zu gut bezahlt. Und so wird sich schließlich der unvernünftige Arbeitsdrang der Solvayarbeiter gegen diese selbst lehren und ihnen statt der vermeintlichen Mehrerinnahmen direkte und indirekte Schädigungen bringen, von der moralischen Bloßstellung der Bewegung, unseres Verbandes und der ganzen deutschen Gewerkschaftsarbeit gar nicht zu reden.

Hier muß unsere Organisation ganz kräftig eingreifen, um die sozialpolitische Aktion der Solvaywerke in Bernburg zu unterstützen und die unklaren Kollegen zur Einstellung ihrer verbandschädigenden Pöbelhandhabung zu bringen. Auch ist der Vorschlag gar nicht so übel, an die Fabrik selbst heranzugehen und ihr nahezu legen, ähnliche Bestimmungen zur Ergänzung ihrer Reform zu treffen, wie seinerzeit der bekannte Professor Abbe in Jena, als er die Achtstundenschicht für die Mechaniker seiner Fabrik einführte. Er verbot einfach bei jäheren Nachteilen die Annahme jeder gewerblichen Nebenbeschäftigung nach absolvierter Achtstundentage. Er konnte offenbar die Kleinbürgerliche Profitgier unzufriedener Arbeiter und bewachte zeitig und wirksam vor. So sollten die Bernburger Solvaywerke im äußersten Falle auch verfahren. Dann wäre eine arbeitserfreundliche Reform vor der Schädigung durch die Arbeiter selbst gerettet. Und der einzige Trost dabei wäre, daß diese Verbesserung durch unseren Verband in richtiger Einsicht in die Verhältnisse mit herbeigeführt worden wäre. Welche Nebenarbeit in der deutschen Arbeitererschaft ist aber durch die Gewerkschaften noch zu leisten, wenn der Achtstundentag vor den Angriffen der — Arbeiter geschützt werden muß.

X. Dornig. Hier tagte am 8. September im „Wall-Hotel“ eine öffentliche Versammlung. Als Referent über das Thema: „Weshalb organisieren wir uns?“ war der Gauleiter unseres Verbandes, Borger-Hamburg, erschienen. Niedner wies in längeren Ausführungen nach, daß die Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit immer schärfere Formen annehmen und deshalb jeder Arbeiter die Pflicht habe, sich seiner Berufsorganisation unverzüglich anzuschließen. Speziell sei für unsere Berufscollegen und -kolleginnen die Zeit herangekommen, endlich einmal die Gleichgültigkeit abzuschleifen, um mit den unmenslichen Zuständen in den modernen Fachhäusern endgültig aufzuräumen. Als standaldis müßten die Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Papierfabrik und anderen Betrieben am Orte bezeichnet werden. Ohne von 2 Mark pro Tag reichsten nicht annähernd aus, auch nur das nackte Leben zu fristen.

Am meisten jedoch sei die schreckliche Explosionskatastrophe in der Dynamitfabrik mit all ihren Begleiterscheinungen geeignet, selbst dem Blödesten die Augen zu öffnen. Redner läßt noch einmal die Einzelheiten der so folgenschweren Katastrophe Revue passieren und geht zur Erörterung der Frage über, ob von der zuständigen Seite alles zur Vermeidung eines derartigen Unglücks getan sei. Wenn sich auch über die schrecklich verstorbenen Teilnehmer der Hauptzeugen längst das Maffengrab geschloffen, so werden aus den Kreisen der Überlebenden immer mehr Stimmen laut, daß in dem gefährlichen Betrieb in ganz unverantwortlicher Weise daraufhin gewirkt worden ist. Die hier betriebliche Arbeitsmethode ist ja schon sehr richtig als blinder Afford bezeichnet worden.

Infolge der Antreiberei soll nicht nur oft das festgesetzte Pensum erreicht, sondern auch überschritten sein. In den Menghäusern, dem eigentlichen Herd der letzten Explosion, haben die Menger infolge der Schauferei oft kaum einen trockenen Faden an ihrer Kleidung gehabt. Es ist vorgekommen, daß die Arbeiter in den genannten Räumen, aus Furcht vor der Entlassung, die Arbeit dann nicht unterbrochen, wenn sich an den Maschinen z. B. eine Reparatur seitens der Handwerker als notwendig erwies, sondern trotz der fürchterlichen Gefahr ruhig weiter gemusst haben.

Je mehr man über diese Ungehörigkeiten nachdenkt, um desto mehr tritt an einem die Verachtung heran, diese Mißwirtschaft als direkte Ursachen des Unglücks zu bezeichnen. Auch die Wonne müssen für die Gefahren, die mit der Arbeit verbunden sind, als vollständig ungenügend bezeichnet werden. Noch vor nicht langer Zeit hat die Direktion eine Forderung der Arbeiter zurückgewiesen mit dem Bepfehen, spätestens am 1. Januar eine Lohnzulage zu gewähren.

Anstatt den Wünschen der Arbeiter gerecht zu werden, hat es die Direktion durch Intrigen aller Art versucht, ihren Arbeitern das Kooperationsrecht illusorisch zu machen. Das Anklagenmaterial forderte dazu heraus, die Organisation weiter auszubauen, um für die Zukunft ein gewichtiges Wort mitzureden zu können. Deshalb hinein in die Organisation! (Stürmischer Beifall.)

Als erster Diskussionsredner meldete sich der Direktor der Sprengstoffabteilung, Herr Dr. Wetternann, zum Wort. An der Hand der Vorkläufe verurteilte der Herr die Ausführungen des Referenten darüber abzusprechen, daß er die bisherigen Löhne für die einzelnen Abteilungen vorlas. Die Löhne hielt derselbe für angemessen, bestritt aber nicht, daß dieselben aufbesserungsbedürftig seien. Die Firma hätte bereits höhere Löhne bezahlt, wenn dieselbe nicht immer mit Unterbilanz gearbeitet hätte. (Widerspruch.) Daß die Explosion durch die Antreiberei hervorgerufen sein soll, müsse er entschieden in Abrede stellen. (Lebhafte Widerspruch.) Die Firma habe für ihre Arbeiter immer ein warmes Herz gehabt (Sachen) und gerade sie in erster Linie bedauere das namenlose Unglück. Auch die Verträge im „Proletariat“ müsse er bemängeln, die Firma sei nicht international, arbeite nicht mit ausländischen, sondern nur mit deutschem Kapital. (Leider verläumdet der Herr Direktor, die weiteren Mängel in dem Bericht näher zu kennzeichnen.)

In seinem Schlusswort stellte Kollege Borger den Ausführungen des Direktors noch folgende Tatsachen entgegen: Als nach der Katastrophe die ersten Arbeiter auf der Bildfläche erschienen, um mit den Aufbaumännern zu beginnen, habe man dieselben gleich an die Wände verwiesen. Erst nachdem die Arbeiter den ausdrücklichen Wunsch ausgesprochen, zunächst die Gliedmaßen ihrer Arbeitskollegen aufzusammeln zu wollen, sei ihnen dieses gewährt. Die einzelnen Körperstücke seien darauf in zwei Kisten, in Wachstuch gewickelt, vorläufig aufbewahrt. Ein Arbeiter hatte den Auftrag, die Kisten mit ihrem Inhalt zu bergen, derselbe stellte die Schwerere von beiden auf die leichtere, wodurch dieselben bei seinem Fortgehen umkippten. Darauf wurde dem Arbeiter — nach seiner Aussage — von dem Dr. Kaiser wörtlich nachgerufen: „Ihr Klimbin ist umgefallen, rüchtern sie es mal wieder hoch!“ (Bewegung, lebhaftes Pfutrufe.) Dieser Ausdruck charakterisiere so recht den Standpunkt der Handlanger von Kapitals Gnaden und werke auf den in der „Düniger Zeitung“ erschienenen Nachruf der Direktion „Aber ihre lieben braven Arbeiter“ ein grelles Schlaglicht. Des Weiteren habe der Anwalt der Firma in Abrede gestellt, daß die Explosion eine Folge der Antreiberei sei, hoffentlich gebe er der Versammlung als Sachmann Aufschluß über die wirklichen Ursachen der Explosion und wie denselben in Zukunft vorzubeugen sei. Dadurch würde nicht nur der langsame Gang der Untersuchung seitens der Behörde beschleunigt, sondern auch den in diesen Gegenständen beschäftigten Arbeitern ein großer Dienst erwiesen. Außerdem sei kein Arbeiter der Dynamitfabrik geneigt, für die bisher bezahlten Löhne seine Haut abermals zu Marke zu tragen.

Nach dem bisherigen Verhalten der Betriebsleitung sei es ausgeschlossen, daß sie die Löhne freiwillig erhöhe, wahrscheinlich wäre, wenn der traurige Zwischenfall nicht eingetreten, das gerade Gegenteil erfolgt. Aber für die Zukunft werden sich unsere Berufsstände das Mitbestimmungsrecht bei Festsetzung von Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht mehr rauben lassen. Und wenn die Firma, nach Aussage ihres Direktors, in den letzten Jahren mit Unterbilanz gearbeitet und deshalb nicht in der Lage sei, höhere Löhne zu zahlen, so möge sie ihre Drohung vom vorigen Jahre zur Durchführung bringen und die Bude schließen. Nachdem der Vertreter der Firma noch darauf hingewiesen, daß nicht die Firma, sondern die Behörden die Untersuchung leiteten, verließ der Herr mit der Erklärung, daß der Referent in einem aufreißenden Tone zu der Versammlung gesprochen, zum Leidwesen der Versammelten, wovon sich einige bereits dem Podium genähert, um erstere noch einige recht bittere Wahrheiten zu sagen, den Saal.

Kun, die Beitrittserklärungen einer Anzahl Dynamitarbeiter lieferten den Beweis, daß die Verteidigungsrede des Herrn Dr. Wetternann ihre Wirkung vollständig verfehlt hat. Fr. W.

## Dividendenfegen in der Zement-Industrie.

Ueber die Rentabilität der Aktien-Zementfabriken im Jahre 1906 gibt folgende Zusammenstellung nach Gruppen recht interessante Aufschlüsse:

1. Gruppe Schlesien. Dazu gehören 8 Fabriken mit 19,33 Millionen Aktienkapital. 7 Fabriken zahlten zusammen 2 477 000 Mark Dividende, eine Fabrik hatte einen Verlust von 138 412 Mk. Das gesamte Kapital verzinst sich also durchschnittlich mit 12,09 Prozent.

2. Gruppe Berlin-Stettin. Fünf Fabriken mit 8,07 Millionen Kapital. Eine Fabrik hatte 102 136 Mk. Verlust, vier zahlten zusammen 778 250 Mk. Dividende. Die Durchschnitts-Verzinsung beträgt hier 8,37 Prozent.

3. Gruppe Unterelbien. Fünf Fabriken mit 21,34 Millionen Aktienkapital. Vier Fabriken verteilen zusammen 2 273 000 Mk. Dividende, eine verlor 555 314 Mk. Verzinsung des Kapitals: 8,52 Prozent.

4. Gruppe Hannover. 8 Fabriken mit 18,48 Millionen Mark Kapital. Diese Fabriken schütteten sämtlich Dividende aus, und zwar zusammen 1 784 000 Mk. Das sind im Durchschnitt 9,65 Prozent.

5. Gruppe Mitteldeutschland. 10 Fabriken, die ebenfalls sämtlich Dividende zahlten. Das Aktienkapital dieser zehn Fabriken beträgt 14,35 Millionen, die ausgeschüttete Dividende 1 324 700 Mk. Die durchschnittliche Verzinsung beträgt mithin 9,23 Prozent.

6. Gruppe Süddeutschland. 13 Fabriken mit 31,37 Millionen Kapital. Eine Fabrik hatte 25 289 Mk. Verlust, 12 schütteten zusammen 2 875 000 Mk. Dividende aus. Die durchschnittliche Verzinsung beträgt mithin hier 9,08 Prozent.

7. Gruppe Rheinland-Westfalen. Diese Gruppe schneidet am schlechtesten ab, denn von den 21 Fabriken mit 28,44 Millionen Aktienkapital, die zu dieser Gruppe gehören, arbeiteten 8 Fabriken mit Verlust. Die übrigen 13 zahlten 2 310 900 Mk. Dividende aus. Das ergibt eine durchschnittliche Verzinsung des gesamten Kapitals mit 7,28 Prozent.

Das gesamte Aktienkapital der 70 deutschen Aktien-Zementfabriken betrug Ende 1906 Mk. 131,36 Millionen, auf die insgesamt Mk. 13,92 Millionen Dividenden ausgeschüttet wurden. Die Durchschnittsverzinsung des in der deutschen Zementindustrie angelegten Kapitals stellte sich demnach auf 9,36 Prozent. Rechnen wir die 9 942 000 Mk., auf die Dividende nicht gezahlt wurde, ab, so ergibt sich für das übrige Kapital eine Verzinsung von 10,6 Prozent. Die günstigsten Ergebnisse erzielte die schlesische Gruppe mit 12,1 Prozent und die ungünstigsten die rheinisch-westfälische Gruppe mit 7,28 Prozent. Bei einem Vergleich der Abzugsergebnisse der deutschen Aktien-Zementindustrie in den letzten drei Jahren ergibt sich, daß der Reingewinn 1906 Mk. 19,54 Millionen betrug gegen Mk. 13,04 Millionen in 1905 und Mk. 7,04 Millionen in 1904. Dagegen stellte sich der Verlust in 1906 auf Mk. 1,06 Millionen gegen Mk. 1,35 Millionen bzw. Mk. 3,17 Millionen in den beiden Vorjahren.

Das Ergebnis des Jahres 1906 ist also für die Zementfabriken ein in jeder Hinsicht glanzvolles, leider können wir von den Arbeitern nicht das gleiche berichten. Wohl ist es ihnen in einer Anzahl Betrieben mit Hilfe der Organisation gelungen, eine Erhöhung ihrer nützlichsten Löhne zu erlangen, aber erstens ist das nicht in allen Betrieben der Fall und zweitens ist ein erheblicher Teil des Ertrages durch die Verteuerung der Lebensmittel den Arbeitern wieder abgenommen worden. Die Organisation muß unter den Zementarbeitern noch viel mehr Fuß fassen, dann erst wird es besser werden.

Die Zementindustrie kann das Jahr 1906 als ein sehr günstiges verzeichnen. Neben der etwas lebhafteren Bautätigkeit im Inlande hat die äußerst rege Nachfrage des Auslandes den Beschäftigungsgrad günstig beeinflusst. Die Ausfuhr an Zement betrug 7 334 161 Doppelzentner gegen 6 178 914 Doppelzentner im Jahre 1905. Auch die Preise sind nicht unwesentlich erhöht worden. Das Bestreben

Syndikat z. B. setzte den Preis von 350 Mk. auf 408 Mk. pro Doppelzentner heraus und die übrigen Verkaufsvereinigungen nahmen ähnliche Erhöhungen vor. Es ist deshalb begreiflich, daß die Unternehmer in ihren Berichten nur eine Klage haben, und das ist — Arbeitermangel. Statt nun diesem Mangel durch Zahlung aussehender Löhne abzuwehren, schimpfen die Herren auf die begehrenden deutschen Arbeiter und lassen von ihren Agenten das Ausland nach willigen und billigen Arbeiterhänden durchsuchen. Den Segen des letzten Jahres wollen die Herren Zementbarone allein genießen, an den Bezügen etwa kommender Krisenjahre werden sie dem Arbeiter um so lieber teilnehmen lassen. Hoffentlich sind die Arbeiter zum Nag und stark genug, um den Anteil auch dann ablehnen zu können.

— Sommerfeld (Gausig.) Vor nicht allzu langer Zeit ist auch hier ein Teil der Ziegelerarbeiter unter dem Abdruck des Kapitals aus dem bleiernen Schlaf erwacht, und langsam — aber doch zum Aufbruch der Ziegelerarbeiter — rieben sie sich die schlaftrunkenen Augen. Dieses Erwachen der Arbeiter war für die Unternehmer das Alarmzeichen zum Kampfe. Baraden wurden gebaut, mit allem Ziegelerarbeiterumfort ausgestattet, und zum Empfang der ausländischen Kauskreifer hergerichtet. Inzwischen hatten aber auch die Arbeiter gerückt, und der Kampf gegen die Ausbeutung begann. Die Arbeitswilligen rückten an, und nach Ueberwindung der Situation auch ebenso schnell wieder ab. Schon gaben die Unternehmer den Kampf für verloren und schickten sich zum Rückzuge an, als ihr Militär, der Gewerverein, unerwartet Hilfe brachte und den bedrohten Profit rettete. Dank dieser heimlichen Kauskreifer war denn der Erfolg auch ein sehr minimaler. Die Unternehmer aber wissen wohl, daß aufgeschobenes nicht aufgehoben ist, und da sie damit rechnen, daß sich die Sommerfelder Arbeiter nicht immer als Verräter ihrer eigenen Leidensgefährten werden brauchen lassen, so sind ihre Agenten überall tätig, um nach billigen Arbeitskräften zu fahnden. So kam Ende August an einem Sonntag vormittag ein Trupp russischer Arbeiter hier an, die für die Firma Freytag, Ross u. Kreuz gedungen waren. Allem Anscheine nach waren sie aber unter allen möglichen Versprechungen hierher gelockt worden, um dann das Gegenteil davon anzutreffen. Denn sie zogen wieder ab und trieben sich den ganzen Sonntag ziel- und mittellos in der Stadt umher. Des Abends lagerten sie sich abseits und ausgehungert vor dem Bahnhof. In dieser Umgebung in ihr Schicksal, betreten sie sich, die Koffer als Ruhestellen benutzend, mitten auf die Straße. Einer der oben genannten Unternehmer, der an ihnen vorüberging, meinte höhnisch zu seinen Begleitern: „Die Leute hanteln ja in den „Kurpfaffen“ (Gewerkschaftslokal) gehen, dort werden sie schon bewirtet werden.“ Dieser Herr hatte also den traurigen Mut, sich nach über die Not der fremden Arbeiter, die er doch mit verschuldet hatte, lustig zu machen. Mitleidige Arbeiter und Bahnbeamte aber brachten einige Nahrungsmittel, um die Hungertiden zu sättigen. Endlich, um 12 Uhr nachts, schritt die Polizei ein und brachte die Leute in die Herberge, wo sie gepeist und einlogiert wurden. Hoffentlich geschah das auf Kosten der betreffenden Arbeitgeber. Dieser Vorgang bildet eine prächtige Satire auf die vielgepriesene Unternehmerrhumanität. So lange sich die ausländischen Arbeiter als Lohnbrüder gebrauchen lassen, sind sie willkommen, sobald sie es aber wagen, Ansprüche zu machen, setzt man ihnen den Fuß in den Nacken. Für die hiesigen Ziegelerarbeiter aber soll das ein neuer Ansporn sein, unermüdet zu rufen, die Lauen und Gleichgültigen aufzurütteln, damit uns die Unternehmer auf alle Fälle kampfbereit finden.

— Stuttgart. Unter den Ziegelerarbeitern Agitation zu treiben und Aufrüstung zu verbreiten, dürfte wohl eine der schwersten Aufgaben der mit Organisationsarbeiten betrauten Kollegen sein. Das trifft aber dort, wo die einheimischen Arbeiter den fremdsprachlichen weichen müssen, ganz besonders zu. Der Mangel an Rednern, welche mit diesen unglücklichen Menschen in ihrer Muttersprache verkehren können, macht sich hier empfindlich bemerkbar. In der Umgebung von Stuttgart bilden die Italiener das Gros der Ziegelerarbeiter. Wir haben nun im Laufe dieses Jahres verschiedentlich versucht, dieselben mit Hilfe italienischer Redner der Organisation zuzuführen, und können konstatieren, daß der ausgestreute Samen nicht alle auf feuchten Boden gefallen ist. Wohl an hundert Kollegen haben wir auf diese Weise gewonnen, welche zum erstenmale einen Einblick in das Wesen der Arbeiterbewegung gewonnen und uns mit tausend Fragen bestürmten. Mit welchen verzehrenden Blicken sie den Rednern folgten, welche in ihrer Muttersprache ihr Glend schilberten, wie es in ihnen anfängt zu dümmern, bis sich all die Spannkraft des Denkens in begeistertem Beifall auflöst, das zu beobachten hatten wir häufig Gelegenheit. Auch anlässlich des internationalen Kongresses konnten wir bei dem großen Meeting, wo Ferri sprach, bemerken, daß auch die italienischen Arbeiter der Arbeiterbewegung zugänglich sind, wenn man sich mit ihnen verständigen kann.

Das Ziegelerland im Zentrum, im Norden und Westen unserer Vaterländer ist ja im „Proletariat“ schon hinreichend gewirbt worden, und wir können nur sagen, es ist ganz wie bei uns im Süden. So konnten die Ziegelerarbeiter in Hebelungen vor einiger Zeit die Versammlung nicht besuchen, da sie weder Geld noch Kleider besaßen. Der Besitzer hat dort die Kantine an einen „Combo“ (Vorarbeiter) verpachtet, der dadurch zu einem Ausbeuter seiner eigenen Leidensgefährten wird. Bares Geld gibt es überhaupt nicht, was ihnen an Lohn verbleibt, erhalten sie in Blechmarken, die natürlich nur in der Kantine umgetauscht werden können. Wer es wagt, das Blechgeld abzulehnen, wird auf alle Art schikaniert, er muß wöchentlich 2 Mark Schlafgeld bezahlen usw. Einer der „Combos“ verdufte kürzlich, als die Kampagne zu Ende ging, über Nacht und die Arbeiter waren um ihren fauler verdienten Lohn betrogen. Aber auch in anderen Fällen sind die fremden Arbeiter stets die Betroffenen. So verunglückte dieses Frühjahr ein Ziegelerarbeiter so schwer am Fuße, sodaß er wohl zeitweilig seinem Besitze Geleit sagen muß. Der Besitzer hatte es aber „vergessen“, das ärztliche Urteil an die Berufsgenossenschaft zu unterzeichnen, und der Arbeiter hat nun eine Menge Lauferei, die ihm schließlich auch sein Recht nicht verschaffen werden. Wagt einer der Unglücklichen in seiner Bedrängnis gar zum Konsul zu gehen, dann wird er, wenn er überhaupt vorgeht, derartig „belehrt“, daß ihm das Wiederkommen verweigert. Denn diese Herren sind nicht für gewöhnliche Arbeiter da. Diesen Zuständen, die sich vor den Toren Groß-Stuttgarts immer mehr auszubehnen drohen, muß ein Damm entgegengelegt werden. Es ist das eine Riesearbeit, aber sie muß geleistet werden.

## Zentrum und Landarbeiter-Organisation.

Warum das Zentrum für die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter eintritt, verrät der bekannte Bauerndoctor und Reichstagsabgeordnete Dr. Heim in seinem Organ, dem „Regensburger Anzeiger“. In einer bayerischen Agrarversammlung hatte sich der Regierungspräsident v. Adrian gegen die unter Führung des Dr. Heim betriebene Agitation der christlichen Gewerkschaften unter den bayerischen Landarbeitern ausgesprochen. Der Zentrumsführer antwortet ihm darauf:

„Wenn es außer dem Herrn Regierungspräsidenten und dem Herrn Dr. Heim keine anderen Leute in Bayern geben würde, so wäre die Sache nur zwischen uns beiden auszumachen. Ich weiß aber nicht, ob dem Herrn Regierungspräsidenten bekannt ist, daß vor meinen Ausführungen auf dem Katholikentag in Würzburg seitens sozialdemokratischer Gewerkschaften mit großer Zähigkeit der Organisation der ländlichen Dienstboten auf dem Lande gearbeitet wurde. Der Herr Regierungspräsident hat hierüber sich früher nie geäußert. Es scheint ihm auch nicht bekannt zu sein, daß unterdessen sozialistische Gewerkschaften in der Organisation der Dienstboten und ländlichen Arbeiter in Bayern schon Erfolge hatten, mitten auf dem Raufen Lande. Darum hat der Herr Präsident, daß diese sozialdemokratischen Organisationen vor dem Regierungsbüro des Herrn v. Adrian deswegen halt machen wollen, weil sich dieser nicht für die Organisation erwidern kann? Ich bin lange mit mir zu Rate gegangen, ob ich das heilige Eisen angreifen soll. Nachdem ich mir aber dar-

über klar war, daß es geschehen muß, und daß, wenn wir die Arbeit nicht machen, andere sie machen, mit und ohne Regierungspräsidenten, war für mich aus Liebe zur Landwirtschaft die Sache entschieden... Ich bin fest überzeugt, daß die Organisation so gemacht werden kann, wie ich sie mir denke, daß kein vernünftiger Bauer etwas dagegen hat — und auf die unvernünftigen kommt es nicht an.“

Der Herr Dr. Heim sagt also unverblümt, was wir stets behauptet haben, daß es den Zentrumschriften bei ihren Organisationsbestrebungen nicht um die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter zu tun ist, sondern nur um ihre Fernhaltung von dem „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften. Die Schwarzen wollen die Arbeiter sich als Stimmvieh erhalten und sie von der Erhebung von Forderungen abhalten, die der „Landwirtschaft“, das heißt den Zentrumsagrarierern unbequem werden könnten. Darum „machi“ Herr Dr. Heim die Organisation so, „wie er es sich denkt“.

Da es sich bei dieser Agitation, wie gesagt, nur darum handelt, die Macht der Ultramontanen aufrecht zu erhalten, hat auch die „Rheinische Volksstimme“ das Organ der Zentrumsbauern, nichts dagegen, solange sich die christliche Zentrumsbauern auf Bayern beschränkt. Es wagt aber die „Allerweltseglücker in Preußen“, das sind die christlichen Gewerkschaftsführer, eindringlich davor, ihre Agitation auch nach Bundesstaaten zu verpflanzen, wo durch gesetzliche Verbote ein von den Sozialdemokraten ausgehender Versuch, die Landarbeiter zu organisieren, unmöglich gemacht ist. Die Herren Giesberts und Genossen werden ermahnt, „von ihrem heroftraffischen Beginnen endlich einmal die Finger zu lassen“ und nicht durch Uebertragung des Koalitionsrechts auf die Landarbeiter „mit täppischer Hand die Dämme einzubrechen, die die Preußen vor der Wäldigkeit einer Agitation der Sozialdemokratie wie in Bayern schützen“, denn: „Eines schadet sich nicht für alle!“

Eins geht aus den Versicherungen des Dr. Heim sowohl wie auch aus dem Gelächter des Zentrumsbüros „Rheinische Volksstimme“ mit seltener Deutlichkeit hervor: „unser Verband nicht in Bayern eine Anzahl Landarbeiter organisiert und in einzelnen Fällen auch schon Erfolge für dieselben erzielt, nie und nimmer würde es den Zentrumschriften einfallen, die christliche Organisation der Landarbeitern zu empfehlen. Nicht um den Landarbeitern zu helfen, sondern lediglich um zu verhindern, daß dieselben sich in einer Organisation vereinigen, die endlich für ihre Interessen eintritt, wird für die christlichen Propaganda gemacht. Dr. Heim und seine Hintermänner spielen die höhere Vorsicht und hoffen, daß ihnen die Zentrumsbauern noch einmal Dank dafür wissen, wenn so von vornherein Verpöhlungen unter die Arbeiter getragen wird. Aufgabe unserer Kollegen ist es, den Arbeitern die wahren Ursachen der christlichen Verpöhlungsveruche zu zeigen.“

## Ein Erstesitz in Schweden.

Auf 11 großen Gütern in der Landschaft Schonen befinden sich die Erntearbeiter im Streik, soweit sie nicht durch Jahreskontrakte gezwungen sind, bis zum 24. Oktober weiter zu arbeiten. Die fest angestellten Arbeiter haben zu diesem Datum ihre Stellen geründigt und werden sich dann den Streikenden anschließen, falls bis dahin nicht ein Tarifvertrag mit der Landarbeiterorganisation zustande kommt. Sie früher am Streik zu beteiligen, ist für diese Arbeiter nicht möglich, weil sie einer Gesindeordnung aus dem Jahre 1833 unterliegen, wonach sie mit polizeilicher Gewalt gezwungen werden können, weiter zu arbeiten. Hinter den Streikenden steht der Schonenische Landarbeiterverband, der jetzt ungefähr an 5000 Mitglieder zählt. Es besteht außerdem ein Mittelschwedischer und Nordschwedischer Landarbeiterverband, die zusammen ebenfalls an 5000 Mitglieder haben, so daß jetzt bereits 10 000 Landarbeiter Schwedens organisiert sind. Die drei Verbände werden sich binnen kurzem zu einer einheitlichen Organisation verschmelzen. Den Gütsbesitzern ist der Streik um so unangenehmer, als es in diesem regnerischen Jahre so wie so schwer hält, die Ernte rechtzeitig unter Dach zu bringen. Sie suchen sich zwar durch größere Einsatz geistlicher Arbeiter zu helfen, doch haben sie keineswegs hinreichend Ersatz für die Streikenden gefunden. Schwarze Listen senden sie sowohl an die übrigen Landwirte wie an Industrielle, um es den Streikenden unmöglich zu machen, irgendwo anders Arbeit zu finden. Auch in der reaktionären Presse Schwedens wird eine brutale Hetzerei gegen die Streikenden betrieben. Man wirft ihnen Tierquälerei vor, weil die Kühe nicht gemolkt wurden; jedoch mit Unrecht, denn das Melken ist Sache der festangestellten Arbeiter und wird, solange ihre Kündigungsschrift nicht abgelaufen ist, nach wie vor besorgt. In den letzten Tagen sind nun Verhandlungen zwischen den Organisationen der Landwirte und der Landarbeiter Schözens angebahnt worden, und auch der schwedische Landwirtschaftsminister hat sich bereit gefunden, dabei mitzuwirken. Die Gütsbesitzer wollen jedoch vorläufig von einem korporativen Arbeitsvertrage nichts wissen. Wahrscheinlich werden sie aber doch, wenn der zur Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten angestellte Staatsbeamte des Distrikts seinen Einfluß geltend macht, nachgeben müssen.

Inzwischen ist auch auf einem großen Gut in der Nähe von Walle, also in Nordschweden, ein Landarbeiterstreik ausgebrochen. Hier, wie in Schonen handelt es sich hauptsächlich um Lohn-erhöhungen. Die Streikbewegung der Landarbeiter Schwedens war noch in keinem Jahre so lebhaft und kraftvoll wie jetzt. Sie hatten aber auch noch nie eine so starke Organisation, die solche Kämpfe regelrecht durchzuführen vermag.

## Streiks oder Aussperrungen

bestehen in Hamburg, Gartha.

An Streiks oder Aussperrungen beteiligt sind wir in Meissen, München und Kiel.

Zugung nach den angeführten Orten ist streng fernzuhalten.

## Korrespondenzen.

\* Bismarck. Geradezu mittelalterlich sind die Zustände in der hiesigen Städtefabrik Schaub Sohn. Da ist es besonders der Vorarbeiter und Antreiber Burt, dessen Verhalten gegen Arbeiterinnen an mittelalterliche Zustände erinnert. Nicht allein, daß er Arbeiterinnen mit „Dresdner“ und anderen Kosenamen tituliert, er schreit selbst vor der Prügelfraße nicht zurück. Wie oft schon ist es vorgekommen und von Referatsarbeitern beobachtet worden, daß dieser Mann eine Arbeiterin aus verhältnismäßig geringfügiger Ursache verprügelt hat. Eine junge Arbeiterin, die er letzthin mißhandelte und die sich dabei am Arme verletzete, soll geonnen sein, diesem Herrn durch die ordentlichen Gerichte klar zu machen, daß er zu solcher Behandlung nicht das mindeste Recht besitzt. Das Verhalten dieses Mannes ist um so verwerflicher, als diese Arbeiterinnen für einen Lohn von 1,30 Mk. bis höchstens 1,50 Mk. pro Tag sich abzuquälen müssen. Auch die männlichen Arbeiter verdienen in diesem Mutterbetriebe nicht mehr als 2,60—2,90 Mk. Und trotz dieser faum zum Leben ausreichenden Löhne noch eine solche Behandlung; da muß man sich wundern, daß der Direktor der Fabrik nicht schon längst gegen diesen Vorarbeiter eingeschritten ist. Auch sonst ist in diesem Betriebe manches nicht in Ordnung. So ist die Dampfkesselung der Trockenanlage durch den Eis- und Askeideraum geleitet und es entsteht dadurch im Sommer durch Hitze und Dampf eine Temperatur, daß es nicht zum Aushalten ist. Verschiedene Schräden fehlen gänzlich. Die Kleider sind dem Schmutz und Staub ausgesetzt. Einer Kleiderfrau durch den Fabrikinspektor wurden derartige Einrichtungen gewiß nicht fandschaft. Schon wiederholt wurden Arbeiter, die für Beförderung des Arbeitsverhältnisses, für ihre Organisation eintraten, einjährig gemahnt, trotzdem sie schon lange Jahre zu diesen Summenlöhnen gekümpft hatten. Und doch müssen wir fragen, wie lange sich die Arbeitererschaft eine solche Behandlung und Entlohnung noch gefallen läßt. Um diesen menschenwürdigen Zuständen ein Ende zu machen, rufen wir euch zu: Hinein in den Verband der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. Erwähnt sei noch, daß die Firma dem Arbeiter, welcher Einladungen zu einer Betriebsversammlung

an die Kolleginnen und Kollegen verteilt hat, das Arbeitsverhältnis...  
\* **Friedland, Bez. Breslau.** Sellen wohl dürfen in einem...  
\* **Köln a. Rh.** Vor zwei Jahren gelang es der Zahlstelle...

tion seien. Leider hat eine Anzahl Kollegen die Frage auch...  
\* **Mannheim.** Den reisenden Kollegen sei hierdurch mit...  
\* **Neumünster.** In letzter Zeit haben die Kollegen aus...

**Verbandsnachrichten.**  
Dom 17. September ab gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:  
Dresden 800.—, Regensburg 200.—, Burgdorf bei Hannover 61,70, Bremen 800.—, Kiel 800.—, Halberstadt 200.—, Wölkendorf 100.—, Leipzig 12.—, Sprottau 11.—, Bruchhausen 2,30, Braunschweig 1600.—, Kassel 100.—, Sebnitz 100.—, Cuxhav 100.—, München 1000.—, Köln 800.—, Reib 75.—, Seesen 35,20, Pommernsdorf 600.—, Ullm a. D. 28.—, Thale a. S. 500.—, Ziegelhausen 88,31, Grimsteden 8,50, Hettelshausen 44,80, Kl.-Karbach 33,68, Eisenberg (Walt.) 5,24.  
Schluß: Montag, 23. September, mittags 12 Uhr.  
Fr. Bruns, Kassierer.

**Der Vorsitzende der Prekominmission, Kollege E. Sontpfeil,** wohnt vom 1. Oktober an Köhnerholzweg 12, Linden-Hannover. Beschwerden über die Redaktion sind dorthin zu richten.

**Infirmung zur Erhebung von Extrabeiträgen:**  
Gardthausen, 5 Pf. pro Woche und Mitglied.  
Genthin, pro Woche und Mitglied 5 Pf.

**Verlorene und für ungültig erklärte Bücher.**  
20 913, ausgeleht auf den Namen August Schulz am 15. September 1903.  
Gefundenes Mitgliedsbuch 265 550, auf den Namen M. H. M. e. h. e. r. lantend, ist auf dem Sunbbureau Hamburg in Empfang zu nehmen.

**Eingegangene Zahlstellen.**  
Bruchhausen und Oberhausen haben sich an Duisburg angeschlossen.  
Ziegelhausen hat sich der Zahlstelle Mannheim angeschlossen.

**Neue Adressen und Adressen-Änderungen.**  
Buchholz bei Prigwall, D. Priegnitz.  
Germendorf bei Dranienburg, Wilhelm Rodewald.  
Nr. 75.  
Kolbmoor, Joh. Salzinger.  
Kassel, H. Greif, Wolfshagenstraße 7.  
Pentig, Ernst Frenzel, Lungenauerstraße 3A.  
Prigwall, Hermann Behrend.  
Stoll, G. a. g., M. Untergasse 21, Hof I.  
Waltershausen, Otto Seyfarth, Brühl 12b.

**Inserate.**  
**Gau 7, Sitz Ludwigshafen.**  
Alle für den Gau 7 bestimmten Sendungen und Zuschriften sind in der Zeit vom 1. bis 31. Oktober zu adressieren an **Jakob Stich**, Ludwigshafen, Friesenheimerstr. 89. [75 A]

**Zahlstelle Celle.**  
Unseren Kollegen zur Kenntnis, daß von jetzt ab unsere regelmäßigen Mitglieder-Versammlungen jeden ersten Sonnabend im Monat, abends 8 1/2 Uhr, beim Gastwirt **Knoop**, Friesenwiefe, stattfinden.  
90 A] **Die Bevollmächtigten.**

**Zahlstelle Hamburg.**  
**Versammlungen d. Distrikte.**  
Hamburg: Am Mittwoch, den 9. Oktober, bei **C. Durbahn**, Scheiffeld 21.  
Eimsbüttel: Am Mittwoch, den 9. Oktober, bei **H. Struck**, Fruchtallee.  
Wandsbek: Am Mittwoch, den 9. Oktober, im „Gewerkschaftshaus“, Sternstraße.  
Referent: Kollege **H. Hagemann** über: „Was lehrt uns die Statistik?“  
Hamm: Am Mittwoch, 9. Oktober, bei **E. Ritter**, Postfahnenweg 64.  
Rothenburgsort: Am Donnerstag, 10. Oktober, in **Bocks Salen**.  
Eilbek: Am Donnerstag, 10. Oktober, bei **Th. Grawe**, Wandsbeler Chaussee 249.  
Uhlenhorst: Am Donnerstag, den 10. Oktober, bei **Fr. Möller**, Ede Bach- und Mozartstraße.  
Winterhude-Eppendorf: Am Donnerstag, den 10. Oktober, bei **A. Herzberg**, Baumbederstraße.  
Barmbek: Am Donnerstag, den 10. Oktober, bei **Th. Schulz**, Ede Maurientstraße.  
St. Georg: Am Donnerstag, den 10. Oktober, im „Gewerkschaftshaus“, Zimmer 1-2.  
Referent: Genosse **Schmalfeld** über: „Arbeiterdichtung“.  
Wilhelmsburg: Am Sonnabend, den 12. Oktober, bei **Schnack**, Vogelhüttendeich.  
Stellingen-Langenhede: Am Sonnabend, den 12. Oktober, bei **Lange**, Stellingen.  
Referent: Kollege **M. Grawe**.  
Billwärder: Am Dienstag, 8. Oktober, bei **G. Fischer**, Billwärder 60.  
Die Versammlungen sind abends 8 1/2 Uhr und wird die weitere Tagesordnung in den Versammlungen bekanntgegeben.

**Die Generalversammlung**  
findet am **Dienstag, den 22. Oktober**, im oberen großen Saale des „Gewerkschaftshaus“ statt.  
P. S. Am **Mittwoch, 30. Oktober**, abends präzis 8 1/2 Uhr, findet im oberen großen Saale des „Gewerkschaftshaus“ eine **Versammlung sämtl. Vertrauensleute und Werkstatt-Delegierten** statt.  
Die Vertrauensleute und Werkstatt-Delegierten werden ersucht, für bestmöglichen Besuch aller Versammlungen Sorge zu tragen.  
6,60 A] **Die Ortsverwaltung.**

**Zahlstelle Heidenheim.**  
Sonntag, den 6. Oktober 1907, nachmittags 4 Uhr:  
**Versammlung**  
im „Gesellschaftsgarten“.  
Vollständiges Erscheinen ist notwendig.  
1,20 A] **Die Bevollmächtigten.**

**Zahlstelle Kiel.**  
Sonnabend, 5. Oktober, im großen Saale des „Gewerkschaftshaus“:  
**Stiftungs-Fest**  
bestehend in **Konzert**, ausgeführt vom „Philharmonischen Orchester“, **Theater u. humoristischen Vorträgen**, ausgeführt vom Arbeiter-Dilettanten-Klub „Proffium“, **Reigenfahren**, ausgeführt vom Arbeiter-Radfahrer-Verein „Vormars“, **Festrede und Ball**.  
Anfang 8 Uhr. Paardate 50 A. Extra-Damenkarte 20 A.  
Hierzu ladet alle Mitglieder und deren Angehörige freundlich ein.  
1,80 A] **Der Festausschuss.**

**Zahlstelle Wiesbach.**  
Unsere neuerrichtete Herberge befindet sich am oberen Marktplatz beim Gastwirt **Martin Bahl** (früher „Zum Hörnswirt“). Gute und billige Uebernachtung und Verpflegung wird zugesichert.  
Das Drückgeld wird ausbezahlt beim 1. Bevollmächtigten **F. Wagner**, Schützenstr. 217 1/2, nachmittags von 4-7 Uhr. [1,05 A]

**Zahlstelle Mügeln, Bez. Dresden.**  
**8 öffentliche Versammlungen.**  
Freitag, den 4. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Gasthof zu Sporbig.  
Sonnabend, den 5. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im „Vollshaus“ zu Firma.  
Sonntag, den 6. Oktober, nachmittags 3 Uhr, im Oberen Gasthof zu Lotzow.  
Dienstag, den 8. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Alten Gasthof zu Mügeln.  
Mittwoch, den 9. Oktober, früh 7 Uhr, im Gasthof zu Heidenau.  
Freitag, den 11. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Gasthof zu Leuben.  
Sonnabend, den 12. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Gasthof Kar. Dohner.  
Sonntag, den 13. Oktober, nachmittags 3 Uhr, im Erbgericht zu Vorderjessen.  
Die Tagesordnung wird durch **Hauswartet** bekanntgegeben.  
Referent in allen Versammlungen: Kollegin **Frau Wackwitz**.  
Es ist Pflicht der Kollegen und Kolleginnen, für guten Besuch dieser Versammlungen zu agitieren.  
Die Ortsverwaltung.

\* **Köln a. Rh.** Vor zwei Jahren gelang es der Zahlstelle Köln unseres Verbandes, die Arbeiter der Zunderfabrik von Rath u. Recht für unseren Verband zu gewinnen und nach einiger Zeit auch nennenswerte Verbesserungen des Arbeitsverhältnisses zu erreichen. Dies war auch die Voraussetzung, daß die Überwachung der Kölner Zahlstelle sich kurz nach der Lokalisierung bewährte, auch die Arbeiter und Arbeiterinnen der Zunderfabrik von Langen u. Sehne zu organisieren. Es war dies umso mehr notwendig, als in dem letzten Winter Verträge nach Lohn- und Arbeitsbedingungen erließen, die man in einer Großfabrik für unmöglich halten sollte. Werden doch in diesem Betriebe Samstagslöhne von 25 und 28 Pf. für erwachsene vollwertige Arbeiter bezahlt. Mit diesem Mißverhältnis verglichen man die neuen Lebensverhältnisse in Köln. Es gibt wohl kaum eine andere Großfabrik in Deutschland, außer Berlin, wo so hohe Lohnsummen bezahlt werden müßten wie hier, und auch alle anderen Punkte, die man zum Leben braucht, stehen außerordentlich hoch im Preise. Selbstverständlich ist das Lebensniveau in Köln u. Sehne an der Tagesordnung. Daß einige Arbeiter bereits 40 oder 100 Stunden die Woche und mehr noch darüber arbeiten, ist keine Seltenheit. Andere wiederum sind des Sonntags als Arbeiter und Beschäftigte tätig, um ihr Einkommen zu erhöhen. Leider waren alle früheren Organisationsversuche ohne Erfolg. Diese unersättlichen Lohnverhältnisse waren die Voraussetzung, daß der einzelne Arbeiter wiederum versucht wurde, die Kollegen für seinen Verband zu gewinnen. Die aufgewandte Mühe war auch nicht vergeblich, denn Köln nach ganz kurzer Zeit hatten sich bei dem hiesigen dem Reichsbund ein erheblicher Teil bei uns angeschlossen. Daß die dem Direktor Wolf sowie Herrn Langen keine Ruhe, so der 1. Versammlung am 11. September war auch, wünschenswert im Interesse der Firma ein unbedenklicher Aufseher erschienen. Derselbe wurde jedoch vom Reichsbund aus dem Betriebe entfernt. Als auf diese Weise keine Fortschritte für die Betriebsleitung zu erzielen waren, wurde am 2. Tage später der Arbeiterauschuß ein Mandat erteilt, um zu einer Sitzung einzuberufen. Hier trug Herr Wolf sowie Herr Langen Auskunft über das Organisationsverhältnis der Arbeiter, sie wollten nach wie vor, was Herr Langen sagte, die Arbeiter nicht. Leider wurden diese Aussagen von einem Mitgliede des Arbeiterauschusses übernommen. Am 12. September wurde dann auch der Kollege Langen entlassen. Ein anderes Mitglied der hiesigen Arbeiterauschuß, ein sehr schlagfertiger Mann, meinte: er hätte gut seine Kenntnisse davon gehabt, daß die Arbeiter sich organisieren, wenn er davon gewußt hätte, dann hätte die Organisation keinen Eingang in dem Betriebe gefunden. Es ist das Unmögliche, diese Angelegenheit für die Arbeiter, die das Wohl anderer Arbeiter bei der Firma Langen u. Sehne haben, ist ein anderer Fall möglich. Ein Arbeiter wurde vom hiesigen Arbeiterauschuß gefragt, ob er nicht auch gewillt sei, dem Reichsbund beizutreten. Derselbe antwortete: „Ich will ich Herrn Langen folgen, und wenn derselbe damit einverstanden ist, dann will ich auch mit ihm in den Verband ein.“ Da man der Arbeiter lange warten konnte, die Herr Langen ja hat. Seit einigen Tagen hat man Herr Wolf vom Reichsbund im Versteck herum und stellt eine Anzahl Arbeiter zur Rede, ob sie Mitglieder der Organi-

**Eingegangene Schriften.**

**J. Stern, „Gott? Gottglaube oder Atheismus?“**  
Der Verfasser beleuchtet in dieser Abhandlung die Frage „Gottglaube oder Atheismus?“ historisch-kritisch. Der Preis beträgt 50 Pf., eine Agitationsausgabe 20 Pf.

**R. Zsch., „Welchen Wert hat die Bildung für die Arbeiter?“**  
Eine vollständige Schrift, in der die Verfasserin die Notwendigkeit der Bildung und der geistigen Erhebung der Arbeiterinnen, wenn sie ihren Beruf als Gattin, Mutter und Staatsbürgerin erfüllen wollen, darlegt. Die Broschüre kostet 10 Pf.

**Kleis, „Der Aus- und Umbau der Arbeitervereine.“**  
Preis 1 Mk. Der Verfasser will eine umfassende Reform der Arbeitervereine, deren Notwendigkeit sich ihm als Kranken- und Invalidenvereine an der Hand der gesammelten Erfahrungen aufdrängte. Die Broschüre soll Reichsbund, Versammlungssekretären, insbesondere aber Ärzten und den in Versorgungsanstalten Angestellten mit Material in dieser Frage versehen.

**Seifin, „Zur Frage des Frauenwahlrechts.“** Preis 1 Mk. Agitationsausgabe 50 Pf.

**„Die sozialistische Arbeiter-Internationale.“** Berichte der sozialdemokratischen Organisationen Europas, Australiens und Amerikas an den Internationalen Sozialisten-Kongress in Stuttgart. Herausgegeben vom Internationalen sozialistischen Bureau mit einem Vorwort von Banderbebe. Deutsche Ausgabe. Preis 2 Mk.

**„Die Sozialdemokratie im Deutschen Reichstage: 1. A. Wesel. Die parlamentarische Tätigkeit des Deutschen Reichstages und der Landtage und die Sozialdemokratie von 1871-1874.“** Preis 60 Pf.

Sämtliche oben angeführten Bücher sind zu dem angegebenen Preise von der Buchhandlung „Vorwärts“, Berlin, Lindenstr. 68/69, zu beziehen.

**Bon der „Neuen Gesellschaft“** (Herausgeber Dr. Heinrich Braun und Lily Braun, Verlag Berlin NO 6, Charitéstraße 3. Verbandsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Preis für das Einzelnheft 10 Pf., Probehefte kostenlos), ist eben das 10. Heft des 5. Bandes erschienen, das folgenden Inhalt hat: Internationale — Fernes Ausland: Die Gewerkschaftsbank. — J. F. Anfermann: Die vollständige Arbeiterbewegung. — Ludwig Duffel: Weberische Geschichtstheorie. — Max Epp: Der blinde Passagier. Fortsetzung. — Glosien. — Literatur.

Vom Deutschen Arbeiter-Abschichtenbund gingen ein: **„Die Alkoholfrage und ihre Lösung“** von Dr. med. G. Kieferstein. Preis 10 Pf., und **„Moderne Arbeiterbewegung und Alkoholfrage“** von demselben Verfasser. Preis 20 Pf. Beide Bücher sind zu beziehen vom Verlag des Arbeiter-Abschichtenbundes in Berlin S. 22, Postenstraße 55.